

«Ich bin nicht bereit, dem Zürichsee einen goldenen Luxusweg zu finanzieren»

Im Kantonsrat hat ein durchgehender Seeuferweg keine Chance

ISABEL HEUSSER

Ein linkes Komitee um die frühere SP-Politikerin Julia Gerber Rüegg aus Wädenswil hat eine Vision: Entlang des Zürichsees soll bis zum Jahr 2050 ein durchgehender Uferweg entstehen – und damit einer, der sowohl durch öffentliche wie auch durch private Grundstücke führt. So will das Initiativkomitee den Zugang zum See für die Bevölkerung verbessern. Sein Hauptargument: Die Gewässer seien öffentlich – und die Ufer somit auch.

Diese Vision hat nun aber einen Dämpfer erlitten: Der Kantonsrat hat die Initiative am Montag mit 97 zu 74 Stimmen abgelehnt. Zustande gekommen ist das Nein mit einer Mehrheit aus Bürgerlichen sowie Teilen der GLP, die

Die Initiative ist ein teurer Tabubruch

Kommentar auf Seite 19

Stimmfreigabe beschlossen hatte. Es war eine unversöhnliche Debatte, obwohl Befürworter und Gegner eigentlich das Gleiche wollen: einen verbesserten Zugang zum Zürichsee und eine Aufwertung der bestehenden Anlagen. Uneinigkeit herrscht hingegen darüber, wie dieses Vorhaben umgesetzt werden soll – und welche Eigentumsrechte Menschen haben, die direkt am See wohnen.

Der Streit um den Seeuferweg dauert schon Jahre an. Mit ein Grund dafür ist eine Besonderheit des Zürichsees: Fast das ganze Ufer wurde ab Mitte des 19. Jahrhunderts aufgeschüttet, es ist also in weiten Teilen künstlich angelegt. Dieses Land ist in vielen Fällen mit Konzessionen und Servituten belegt, was bedeutet, dass Grundstückbesitzer gewisse Eingriffe akzeptieren oder Auflagen erfüllen müssen.

Eine «Zwängerei»

Die linken Befürworter des Seeuferwegs sind deshalb der Meinung, dass das Eigentum auf diesen Parzellen beschränkt sei und die Grundstückbesitzer ihr Land der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen müssten. Allerdings gibt es über 10 000 Verfügungen, die die Rechtsverhältnisse auf dem aufgeschütteten Land regeln.

Uferwege am Zürichsee werden schon seit Jahren gebaut. Und es sind



Der Zürichsee soll bis 2050 auch auf privaten Grundstücken öffentlich zugänglich sein – so fordert es eine Initiative.

© NINICK FRIMP / NZZ

weitere Abschnitte in Planung. Gegenüber der NZZ nannte die Zürcher Bau- und Verkehrsdepartement Strecken in Richterswil, Thalwil, Männedorf und Uetikon, zu denen derzeit Vorstudien laufen und die ab 2025 realisiert werden sollen. Im Strassenengesetz stehen jährlich sechs Millionen Franken für Uferwege an Flüssen und Seen zur Verfügung.

Den Linken geht das zu wenig schnell. Viel zu zögerlich agiere die Regierung, und das seit Jahren, kritisierte die SP. «Wo ein Wille ist, ist auch ein Seeuferweg», sagte Jonas Erni (Wädenswil). Doch noch immer bleibe der Bevölkerung der freie Zugang zum See an einem «grossen Teil» des Zürichsees verwehrt.

Er habe kein Verständnis für die Gegner der Initiative, sagte Erni. Diese bevorzugten die «0,001 Prozent» der Bevölkerung, deren Vorfahren vor hundert Jahren Grundstücke am Seeufer «meist gratis» vom Kanton zur Verfügung gestellt bekommen hätten. Unerwähnt blieb, dass Liegenschaftbesitzer heute Millionen für das begehrte Land mit direktem See-

zugang zahlen, es also keineswegs kostenlos erhalten. Die SVP sprach denn auch von einer «klassenkämpferischen Zwängerei». Die Initiative untergrabe den Eigentumsschutz, sagte der Parteipräsident Domenik Ledergerber. Er steht auch dem Verein Fair vor, der gegen die Initiative kämpft. «Wir müssen den Zugang zum See verbessern, aber nicht mit der Brechstange.»

Aus Sicht der FDP ist die Initiative schlicht unnötig. «Sie bringt nichts Neues, schon heute ist alles geregelt», sagte Sonja Rueff-Frenkel (Zürich). Eine «Neiddebatte» sei diese Diskussion: «Sie wollen es den Leuten nicht gönnen, direkt am See zu wohnen», sagte Rueff-Frenkel, an die linke Ratsseite gerichtet. Schon heute gebe es viele Zugänge. «Jeder sucht sich den Platz, der ihm am besten gefällt.»

Interessant ist, dass Befürworter wie Gegner mit dem Umweltschutz argumentieren. Wobei es die Linken den privaten Grundeigentümern offensichtlich nicht zutrauen, Grünraum im Sinne des Naturschutzes zu pflegen, wie der

SP-Mann Jonas Erni durchblicken liess. Hinter den Ufermauern verberge sich oft ein englischer Rasen mit Pool, während Flachwasserzonen, wie sie bei Seeuferwegen geschaffen würden, einen nachweislich ökologischen Mehrwert hätten, sagte Erni.

Sehr teure Umsetzung

Die Mehrheit im Rat war jedoch der Meinung, dass die Natur von einem durchgehenden Weg kaum profitieren würde. Der Zürichsee sei heute schon einer intensiven Nutzung ausgesetzt, sagte Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen). Tiere und Pflanzen benötigten aber ungestörte Lebensräume. «Wäre es den Initianten ernst mit der Natur, würden sie nicht wollen, dass sich überall am See Menschen ausbreiten. Um die Natur zu schützen, müssen die Menschenströme kanalisiert werden.»

Inmitten der beiden Lager bewegten sich die Grünliberalen, die es mit einem Gegenvorschlag versuchten: Der Seeufer-

weg sollte «möglichst» dem Ufer entlang führen, dabei aber auf Privateigentum und die Natur Rücksicht nehmen. Zudem wollten die Grünliberalen auf den Zeithorizont bis 2050 verzichten.

Die Initiative decke grüne Anliegen so gut wie möglich ab, lasse aber den liberalen Grundsatz unberücksichtigt, dass private Seeanstösser Eigentumsrechte hätten, sagte Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon). Er blieb mit seinem Gegenvorschlag aber chancenlos, worauf zahlreiche grünliberale Vertreterinnen und Vertreter die Initiative ablehnten – unter ihnen bekannte Mitglieder wie Benno Scherrer (Uster) und Chantal Galadé (Winterthur).

Bei einer Annahme der Initiative durch das Stimmvolk rechnet der Kanton mit Umsetzungskosten von über einer halben Milliarde Franken, wie

Die Mehrheit im Rat war der Meinung, dass die Natur von einem durchgehenden Weg kaum profitieren würde.

Volkswirtschaftsdirigentin Carmen Walker Späh (FDP) erklärte. Kosten, die aus Sicht der Bürgerlichen viel zu hoch sind. Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) formulierte es so: «Ich bin nicht bereit, dem Zürichsee einen goldenen Luxusweg zu finanzieren.»

Die Debatte drohte episch zu werden, da erklärte die Ratspräsidentin Sylvie Matter (SP, Zürich), dass ein Entscheid zur Initiative in jedem Fall am Montag fallen müsse, weil sonst die Behandlungsfrist nicht eingehalten werden könne. Und so fiel das Nein zur Vorlage sogar noch kurz vor Mittag – und mit genau halb so vielen Voten wie bei der Diskussion zur Pistenverlängerung, so Matter. Diese musste an zwei Sitzungen geführt werden und zählte am Schluss 81 Wortmeldungen.

Das letzte Wort zum Seeuferweg hat nun das Stimmvolk im Kanton: Voraussichtlich im nächsten März kommt die Initiative an die Urne. Weil sowohl Kantonsrat als auch Regierung sie ablehnen, dürfte es das Anliegen allerdings schwer haben.